

**Wir schaffen es!**  
**Für Rheinland-Pfalz!**

Rheinland-Pfalz ist ein Land, auf das wir mit gutem Grund stolz sein können. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die zerstörten Städte und Dörfer unter schwersten Bedingungen in gegenseitiger Hilfe wieder neu aufgebaut. Ein gewaltiger Aufholprozess begann. Rheinland-Pfalz entwickelte sich vom Armenhaus der Nation zu einem Land, das nicht nur seinen Menschen eine lebenswerte Heimat war, sondern auch genügend Arbeitsplätze besaß und Schulen bot, auf die man seine Kinder gern schickte. Wir waren Ende der achtziger Jahre eine Vorbildregion für Deutschland und Europa.

Jedoch ist diese beispiellose Erfolgsgeschichte in den vergangenen Jahren zum Stillstand gekommen. Die Gründe hierfür liegen in einer verfehlten Landespolitik, die bis heute die falschen Akzente setzt: Statt die Mittel zielgenau in Bildung und Wissenschaft sowie in die Förderung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz zu verwenden, wurde viel Geld für sinnlose Projekte und eine überbordende Bürokratie verschleudert. All dies brachte unser Land nicht weiter, aber unter den Folgen leiden wir heute enorm. Die Landesregierung hat mittlerweile einen Schuldenberg von rund 25 Milliarden Euro aufgebaut, den einmal unsere Kinder abtragen müssen. Bis Ende des Jahres 2006 werden es rund 28 Milliarden Euro sein. Bereits jetzt wird jeder zehnte Euro des Landeshaushaltes allein für Zinszahlungen benötigt. Neben der ausufernden Verschuldung des Landeshaushaltes sind unzureichende Mittel für Bildung, Forschung und Wissenschaft wie auch für den Ausbau und den Erhalt unserer Verkehrswege, eine steigende Kriminalität sowie eine Vernachlässigung der mittelständischen Wirtschaft die traurige Bilanz der Regierungen Scharping und Beck. Die Sozialdemokraten hatten nun über 14 Jahre die Möglichkeit, Rheinland-Pfalz gut zu regieren. Sie haben ihre Chance nicht genutzt!

### **Die SPD-Regierungsbilanz: Rekordarbeitslosigkeit, soziale Armut, steigende Kriminalität und Bildungsmisere**

Die Auswirkungen der erfolglosen SPD-Politik spüren die Menschen tagtäglich. Die Arbeitslosigkeit hat sich in den Jahren der SPD-geführten Landesregierung mehr als verdoppelt. Und immer mehr Menschen empfinden Angst vor dem sozialen Abstieg. Viele Menschen finden vor Ort keine Arbeit. Sie müssen in andere Regionen pendeln – Tag für Tag, Woche für Woche. Denn Rheinland-Pfalz selbst kann seinen Einwohnern nicht genügend Arbeitsplätze bieten. Im Bundesdurchschnitt haben wir eine der niedrigsten Beschäftigungsquoten aller westdeutschen Flächenländer. So viele Arbeitslose wie unter der Regie-

rung Beck gab es noch nie in Rheinland-Pfalz. Im Februar 2005 waren 197.000 Menschen in unserem Land ohne Arbeit. Ihr Schicksal darf uns nicht gleichgültig lassen. Eine verantwortungsvolle Landesregierung zeigt angesichts der verheerenden Beschäftigungsmisere nicht achselzuckend und selbstzufrieden auf ostdeutsche Bundesländer, denen es noch schlechter geht. Oder verweist hilflos auf den Bund, um im gleichen Atemzug die verkehrte rot-grüne Politik im Bundesrat gedankenlos durchzuwinken. Das alles hilft den Menschen in Rheinland-Pfalz nicht weiter. Wir brauchen eine politische Wende für mehr Beschäftigung – im Bund wie im Land.

Wir haben als CDU Rheinland-Pfalz ein übergeordnetes politisches Ziel: Vollbeschäftigung! Jeden Bürger in Arbeit zu bringen ist die Voraussetzung für Wohlstand, Wachstum, Lebensfreude und soziale Sicherheit, die heute so gefährdet ist wie nie zuvor in Rheinland-Pfalz. Beschäftigungspolitik ist zwar nicht allein, jedoch auch Aufgabe der Landespolitik. Wir können auch auf Landesebene dazu beitragen, dass die Arbeitslosigkeit sinkt, etwa durch Straßen- und Schienenbau, zukunftsorientierte Bildungs- und Familienpolitik, durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die Wachstum nicht hemmt, sondern fördert, und durch eine berechenbare und maßvolle Haushaltspolitik, die Vertrauen schafft und die richtigen Schwerpunkte setzt. Mehr Beschäftigung ist auch in unserem Land möglich. Das zeigt uns nicht nur das Ausland, wie Österreich, die Schweiz oder die Niederlande, sondern eben auch Bayern und Baden-Württemberg.

Aber nicht nur die Regierungsbilanz im Bereich Wirtschaft und Arbeit ist eine Katastrophe. Auch der Zustand unseres Bildungssystems ist katastrophal. Der erbärmliche Zustand der Schulgebäude steht beispielhaft für das gesamte rheinland-pfälzische Bildungswesen. Wer sich die Situation an unseren Schulen heute vergegenwärtigt, sieht, dass unsere einst erstklassigen Schulen in eine bedauerliche Lage geraten sind. Über 100 Millionen Euro schuldet das Land den kommunalen Schulträgern für Schulbauten. Der eklatante Finanzierungsstau zeigt, dass das Land seiner bildungspolitischen Verpflichtungen nicht mehr nachkommt.

Vor allem fehlt es an jeder Schule an Lehrkräften. Nicht nur an den Berufsschulen, auch an den Gymnasien ist das Schüler/Lehrer-Verhältnis in Rheinland-Pfalz das zweitschlechteste in ganz Deutschland. Aus allen Teilen des Landes berichten Eltern besorgt über massiven Unterrichtsausfall. Durch diese schlechte Unterrichtsversorgung wird den Kindern unseres

Landes die Chance auf eine gute Ausbildung genommen. Dabei ist hinreichend bekannt, welche Folgen eine schlechte Schulbildung hat: Verschlechterte Zugangschancen ins Berufsleben, ein erhöhtes Armuts- und Gesundheitsrisiko und niedrigere Verdienstmöglichkeiten im späteren Leben sind nur einige Folgen unterfinanzierter Schulen, ganz zu schweigen von zunehmender Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben. Die Landesregierung setzt mit ihrer ungenügenden Bildungspolitik die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel. Das müssen wir bei den kommenden Wahlen stoppen!

Auch auf dem Gebiet der Wissenschaft verlieren wir zunehmend den Anschluss an erfolgreiche Länder. Immer mehr Forscher wandern aus – nicht nur ins Ausland, sondern eben auch an die Hochschulen angrenzender Bundesländer. Spitzenforschungszentren entstehen wegen der schlechten Standortbedingungen allzu oft in anderen Bundesländern. Dabei ist hinlänglich bekannt, dass neue Erfindungen an Hochschulen zu neuen Arbeitsplätzen führen. Gerade in diesem Bereich hat Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren zahlreiche Chancen, wie zum Beispiel in der Biotechnologie, leichtfertig vertan. Wissenschaft und Forschung sind deshalb systematisch zu fördern und dürfen nicht auf Sparflamme gehalten werden.

Rheinland-Pfalz ist unter den SPD-geführten Landesregierungen nicht nur ideenloser, sondern auch ärmer und sozial kälter geworden. Armut macht auch vor den Kinderzimmern nicht Halt. Ende 2003 lebten in Rheinland-Pfalz sage und schreibe mehr als 40.000 Kinder von der Sozialhilfe. Kinder spüren die Folgen sozialer Ungleichheit besonders hart. Sie leiden nicht nur unter zu wenig Geld, sondern auch unter sozialer Ausgrenzung und mangelnden Entfaltungsmöglichkeiten. Eine sozial verantwortliche Politik muss das Kernübel der Familienarmut bekämpfen. Und das ist die Arbeitslosigkeit.

Die Landesregierung selbst muss in ihrem jüngsten Armutsbericht ihr Versagen in der Sozialpolitik eingestehen: die soziale Spaltung hat unter der SPD-geführten Landesregierung zu und nicht abgenommen. Wie der Armutsbericht belegt, ist die Arbeitslosigkeit der Hauptgrund für Armut. Bei den Betroffenen können neben Geldmangel Probleme wie soziale Vereinsamung und eine höhere Suchtgefahr auftreten, die für sie eine Spirale des sozialen Abstiegs auslösen.

Soziale Ausgrenzung kann nur über den Abbau von Arbeitslosigkeit überwunden werden und mehr Beschäftigung ist nur mit höherem Wirtschaftswachstum möglich. Dafür tun die Sozialdemokraten zu wenig. Auch verspielen sie die zukünftigen Jobchancen unserer Kinder. Zukünftige Arbeitsplätze sichern wir durch Investitionen in die Bildung kommender Generationen. Dadurch garantieren wir die Zukunftsfähigkeit von Rheinland-Pfalz, ein Gebiet, auf dem die Landesregierung in den letzten 14 Jahren nicht überzeugen konnte. Unser Land braucht den Wechsel!

Rheinland-Pfalz ist in den vergangenen Jahren nicht sicherer geworden. Ganz im Gegenteil: Rasant steigende Kriminalitätszahlen und die bundesweit niedrigste Polizeidichte verunsichern nicht nur immer mehr Bürgerinnen und Bürger, sondern gefährden auch die Sicherheit von Jung und Alt. Auch in diesem Bereich hat die SPD versagt. Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar. Wer die Freiheit der Bürger gegen ihre Sicherheit ausspielt, wird am Ende beides verlieren. Dauerhafte Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung sind nur zu erzielen, wenn die politisch Verantwortlichen die Innere Sicherheit als zentrales Anliegen verstehen und sich tatkräftig dafür einsetzen. Um dies endlich zu verwirklichen, braucht Rheinland-Pfalz eine CDU-Regierung.

Als die große rheinland-pfälzische Volkspartei, die wie keine andere vor Ort verankert ist, wissen wir: Rheinland-Pfalz kann mehr! Mit einer CDU-geführten Landesregierung wird Rheinland-Pfalz aufgrund einer durchdachten und verlässlichen Politik wieder daran anknüpfen, was Wilhelm Boden, Peter Altmeier, Helmut Kohl, Bernhard Vogel und Carl-Ludwig Wagner hier aufgebaut haben. Wir müssen Abschied nehmen von einer Politik der Beliebigkeit, bei der jedem alles wahllos versprochen wird und lebenswichtige Prioritäten auf der Strecke bleiben. Hierzu brauchen wir Standfestigkeit und ein hohes Wertegerüst in dem Aufrichtigkeit, Mut, Fleiß und Leistungsbereitschaft wieder einen hohen Stellenwert haben. Nur so werden wir Rheinland-Pfalz wieder fit für die Zukunft machen. Unser Land muss sich wieder auf seine Stärken besinnen. Denn Rheinland-Pfalz war in seiner Geschichte:

- das Land der Sicherheit,
- das Land der Erfinder,
- das Land der Lebensfreude und des sozialen Zusammenhalts sowie
- das Land des Fortschritts und des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Wir brauchen wieder ein begabungsgerechtes, individuell förderndes und leistungsstarkes Bildungssystem, einen wirksamen Schutz vor Kriminalität, eine innovationsfreudige Wissenschafts- und Forschungskultur, eine verlässliche und berechenbare Haushaltsführung sowie eine beschäftigungsorientierte und erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

Grundlage jeder erfolgreichen Politik ist Vertrauen. Das gilt besonders für die Finanzpolitik. Wenn wir Landespolitik auf Dauer erfolgreich gestalten wollen, dann brauchen wir eine seriöse und verlässliche Finanzpolitik. Das heißt, wir müssen die Landesfinanzen wieder in Ordnung bringen. Wir müssen schrittweise die jährliche Neuverschuldung senken, damit uns die Zinslasten nicht alle künftigen Handlungsspielräume zunichte machen und uns die Fähigkeit nehmen, Zukunftsaufgaben zu meistern. Deshalb müssen wir die begrenzten Mittel entschlossen auf die für unsere Zukunft wichtigsten Bereiche konzentrieren.

Für eine Sanierung unserer Landesfinanzen und für erfolgreiche neue Landespolitik insgesamt braucht Rheinland-Pfalz, wie alle anderen Bundesländer auch, eine neue Finanzverfassung. Hierbei müssen die Länder und Kommunen bei Einnahmen wie Ausgaben wesentlich größere Autonomie und Selbstverantwortung erhalten. Ohne eine neue Finanzverfassung kann keine Reform des Föderalismus gelingen.

### **Das Land der Sicherheit**

Die SPD-geführte Landesregierung hat in unserem Land die Innere Sicherheit vernachlässigt. Dass sich die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten in Rheinland-Pfalz seit Anfang der neunziger Jahre um fast 100.000 auf über 300.000 Taten erhöht hat, ist eine erschreckende Tatsache. Die Dunkelziffer der nicht angezeigten Straftaten liegt weit höher. Die Menschen fühlen sich in unserem Land nicht mehr sicher. Körperverletzungs- und Gewalttaten haben sich mehr als verdoppelt, Straftaten mit Schusswaffen fast verdreifacht. Die Polizei erstickt in Arbeit. Das Risiko, in Rheinland-Pfalz Opfer einer Straftat zu werden, steigt stetig an. Alleine seit 2001 erhöhte es sich um ca. 14 Prozent. Gerade Straftaten, die das persönliche Sicherheitsempfinden der Menschen tagtäglich verunsichern wie Wohnungseinbruch, Gewaltkriminalität, Rauschgiftkriminalität, Sexualdelikte und Betrug sind auch in den letzten Jahren rasant angestiegen.

Wir können der wachsenden Kriminalität nur mit einem Gesamtkonzept „Innere Sicherheit“ entgegentreten. Eine erhöhte Polizeidichte und mehr sichtbare Polizeipräsenz ist ein wesentlicher Baustein dafür. Das Gegenteil ist in unserem Land jedoch der Fall: Die Polizeidichte ist in Rheinland-Pfalz die niedrigste im gesamten Bundesgebiet und ist in den letzten Jahren stetig gesunken.

Die Polizeibeamtinnen und –beamten leisten trotz einer unzumutbaren Arbeitsbelastung einen aufopferungsvollen Dienst für unser Gemeinwesen. Unzählige Sondereinsätze neben dem täglichen Dienst haben einen gigantischen Berg von ca. 1,5 Millionen Überstunden angehäuft. Das Ergebnis ist eine überlastete Polizei. Bei dieser Vernachlässigung der Inneren Sicherheit ist es kein Wunder, dass Rheinland-Pfalz sich auch zum Handlungsraum und Rückzugsgebiet von Terroristen und Tätern organisierter Kriminalität entwickelt hat. Es ist höchste Zeit zu handeln. Etwa 1000 Polizistenstellen fehlen und müssen endlich mit jungen Leuten besetzt werden, um auch der Überalterung Herr zu werden. In einzelnen Polizeieinheiten beträgt das Durchschnittsalter mehr als 50 Jahre.

Auch technisch ist unsere Polizei zum Teil nur mangelhaft ausgestattet. Grundlegendste Ausstattungsgegenstände werden aus Geldnot nicht angeschafft. Außer in Albanien wird in Europa nur noch in Deutschland mit störungsanfälligen Analogfunkgeräten kommuniziert, eine völlig veraltete Technik. In Rheinland-Pfalz wird weiter viel Geld für diese altertümliche Technik ausgegeben. Für Großereignisse wie die Weltmeisterschaft 2006 hätten wir unsere Polizei mit der neuesten Technik ausstatten müssen, um bei diesem großen Fußballfest die Sicherheit gewährleisten zu können.

Noch immer verfügen nicht alle im Außendienst eingesetzten Polizeibeamten über eine eigene Schutzweste, die dem anerkannten Stand der Technik entspricht und bei gefährlichen Einsätzen lebensrettend sein kann. Hier zeigt sich, was in den letzten Jahren an grundlegenden Fürsorgemaßnahmen versäumt wurde.

### **Opferschutz geht vor Täterschutz**

Auch rechtlich muss wieder der Grundsatz gelten: Opferschutz geht vor Täterschutz. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, muss sich verringern. Gerade die Rechte der Opfer im Verfahren gegen jugendliche und heranwachsende Täter müssen verbessert werden.

Auch muss die Gesellschaft vor besonders gefährlichen Wiederholungs- und Intensivtätern geschützt werden, zum Beispiel durch nachträgliche Sicherungsverwahrung. Denn viel zu oft sind Rückfall- und Wiederholungstaten absehbar. Opfer des so genannten Stalking, also intensiven und besonders beeinträchtigenden körperlichen und psychischen Nachstellungen, werden nach wie vor auf den Zivilrechtsweg verwiesen, um strafrechtlich abgesicherten Schutz zu erlangen. Hier ist frühzeitige staatliche Intervention zum Schutz der Schwachen angesagt. Zu warten, bis etwas geschieht, ist das Gegenteil von Opferschutz.

Der technische Fortschritt bietet uns immer mehr Möglichkeiten, Straftaten vorzubeugen und sie zu bekämpfen. Wir müssen sie rechtlich nur ermöglichen. So haben sich die CDU-Landesinnenminister immer dafür eingesetzt, dass die DNA-Analyse und der genetische Fingerabdruck zum Beispiel zum Schutz unserer Kinder vor Schwerkriminellen genutzt werden. Unser Rechtssystem bedarf hier einer gründlichen Reformierung und einer Stärkung des Opferschutzes. Auch darum arbeiten wir für einen Regierungswechsel bei der kommenden Landtagswahl.

### **Das Land der Erfinder**

Rheinland-Pfalz war schon immer ein Land voller Ideen. Eine der bedeutendsten Erfindungen aller Zeiten wurde vor rund 500 Jahren in Mainz gemacht. Mit der Entwicklung des Buchdrucks läutete Johannes Gutenberg ein neues Zeitalter ein. Auch der Geiger-Zähler oder der Otto-Motor wurden von Rheinland-Pfälzern erfunden. Bahnbrechende Fortschritte, die zeigen, Rheinland-Pfalz ist ein ideenreiches Land. Eine ideenlose Politik bringt jedoch den Forschungsstandort unseres Landes ins Wanken. Nur zwei von bundesweit 80 Max-Planck-Instituten befinden sich in unserem Land. Selbst alle ostdeutschen Länder, mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns, haben mehr von diesen Spitzenforschungseinrichtungen als Rheinland-Pfalz.

Auch mit unseren Hochschulen wurde in den letzten Jahren Schindluder getrieben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von den Rheinland-Pfälzern eine vorbildliche Hochschullandschaft geschaffen. Die Zeit zwischen 1945 und 1991 war geprägt vom konsequenten Neu- und Wiederaufbau erstklassiger Hochschulen. Die traditionsreiche Universität Mainz wurde wieder gegründet. In Kaiserslautern und Trier entstanden Hochschulen, die ihren Studenten nicht nur ein ansprechendes Studienangebot, sondern auch eine vernünftige

Betreuung seitens des Lehrpersonals boten. Gleiches galt für die Universität Koblenz-Landau und für die Fachhochschulen im Land. Mit dieser Erfolgsgeschichte brachen die Sozialdemokraten. Sie entdeckten die Hochschulen als ergiebiges Sparopfer. Die Folgen kann heute jeder an unseren Hochschulen sehen: zu wenig Lehrende, nur unzureichend ausgestattete Bibliotheken und schlechte Rahmenbedingungen der Hochschulleitungen für Berufungsverhandlungen, um junge und exzellente Wissenschaftler nach Rheinland-Pfalz zu locken und um den akademischen Nachwuchs im eigenen Land zu fördern.

So ist etwa die Grundausstattung an unseren Hochschulen in den letzten Jahren so drastisch gekürzt worden, dass die Wissenschaftler in Rheinland-Pfalz immer weniger Möglichkeiten besitzen, sich erfolgreich um Drittmittel zu bewerben. Bis auf die bevölkerungsschwachen Länder Schleswig-Holstein und Saarland werben die rheinland-pfälzischen Hochschulen weniger Drittmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein, als alle übrigen westdeutschen Flächenländer. Gegenüber unserem Nachbarland Baden-Württemberg ist der Abstand noch dramatischer. Dort werden sechsmal so viel Drittmittel eingeworben. Aufgrund der sträflichen Vernachlässigung der Hochschulen droht unser Land noch weiter gegenüber erfolgreichen Nachbarregionen ins Hintertreffen zu geraten.

Auch bei der Einführung von internationalen Bachelor- und Masterstudiengängen ist Rheinland-Pfalz absolutes Schlusslicht. Schuld an dieser miserablen Lage des Wissenschaftsstandortes Rheinland-Pfalz ist nicht fehlender Erfindungsreichtum unserer hiesigen Wissenschaftler. Dies haben nicht zuletzt der Nobelpreisträger Paul Krutzen und die beiden Mainzer Leibniz-Preisträger Immanuel Bloch und Jürgen Gauß eindrucksvoll gezeigt. Die Misere liegt vielmehr in der enorm schlechten Ausstattung unserer Hochschulen. Die Bertelsmann-Stiftung hat belegt, dass nur Brandenburg weniger pro Kopf für Hochschulen ausgibt als Rheinland-Pfalz. Sowohl erstklassige Studienbedingungen zur Förderung des eigenen akademischen Nachwuchses als auch hervorragende Rahmenbedingungen für die Forschung sind Grundvoraussetzungen für erstklassige Wissenschaft. Die Suche nach neuen Ideen und die Neugier auf Wissen müssen wieder einen viel höheren Stellenwert als bisher in der Landespolitik erhalten. Wir haben in Rheinland-Pfalz nur einen Rohstoff: den Rohstoff „Geist“. Um diesen auch weiterhin zu sichern und auszubauen, müssen wir schnellstmöglich umsteuern. Auch dies ist eine der entscheidenden Gründe, warum wir bei der kommenden Landtagswahl unbedingt den politischen Wechsel brauchen.

## **Die Bildung unserer Kinder kann nicht früh genug beginnen**

Unseren kostbarsten Rohstoff dürfen wir nicht fahrlässig verkümmern lassen. Die bestmögliche Bildung und Ausbildung muss für unsere Kinder und Enkel gerade gut genug sein. Die Arbeit in den Kindertagesstätten und auch die Grundschulpädagogik müssen bereits auf die Vermittlung der Grundlagen für die Sprachfähigkeit, der Lern- und Denkfähigkeit ausgerichtet sein. Die Vermittlung einer Fremdsprache soll schon in dieser ersten Bildungsphase verankert werden. Das Beherrschen der deutschen Sprache – nicht nur von Kindern ausländischer Familien – ist mit Vorrang zu sichern. Ausreichende, geprüfte Kenntnisse der Landessprache müssen Voraussetzung für den Besuch aller Schulen sein.

Gerade die Verbesserung der Grundschulen bietet die Möglichkeit, die Zukunft der kommenden Generation entscheidend zu verbessern. In diesem jungen Alter wird darüber mitbestimmt, welchen Weg ein Kind später einmal einschlagen wird. Deswegen müssen Versäumnisse früh erkannt und Stärken gefördert werden. Durch Gleichmacherei und Einheitsschule ohne leistungsbezogene Erziehung können Kinder keine persönliche und begabungsgerechte Förderung erfahren. Besonders wichtig ist dabei der enge Kontakt des Lehrers zu jedem seiner Schüler. Dies kann in riesigen Klassenverbänden freilich nicht ermöglicht werden. Unsere Kinder verdienen es nicht, dass aufgrund des dramatischen Lehrermangels ihre Talente unerkannt bleiben und sie ihre Möglichkeiten nicht ausschöpfen können.

Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer übernehmen eine wesentliche Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie verdienen Anerkennung und brauchen Unterstützung, um den Kindern Wissen vermitteln und ihre sozialen Fähigkeiten fördern zu können. Damit auch die fachlichen Voraussetzungen der Lehrerinnen und Lehrer stimmen, müssen mehr pädagogische und praktische Inhalte Einzug in die Curricula der derzeit sehr fachwissenschaftlich orientierten Lehrerbildung halten. Wir brauchen dazu verlässliche, bedarfsgerechte und qualitativ gute Betreuungs- und Erziehungsangebote in Form von Tagesmüttern und –vätern, Kinderkrippen, Horten, Kindergärten, betreuenden Grundschulen, weiterführenden Schulen sowie Ganztagschulen.

Den Schulen muss auch die Möglichkeit gegeben werden, Therapeuten, Sozialarbeiter und Psychologen einzusetzen, um bei Problemen angemessen und mit Fachwissen reagieren zu

können. Dies können wir von den Gewinner-Ländern der PISA-Studie lernen, die schon seit Jahren auf das Fachwissen von Experten setzen.

### **Reform des Schulwesens – Chancen für die Schüler**

Im internationalen Vergleich sind unsere Schulabgänger viel zu alt. Zur individuellen Förderung gehört auch, dass Kinder schon mit fünf Jahren in die Schule gehen dürfen und am Gymnasium nach 12 Schuljahren mit Zentralabitur ihre Schulausbildung in einer angemessenen Zeit abschließen können. Jeder muss die Chance haben, mit 18 Lebensjahren oder nach zwölf Schuljahren entweder das Abitur bestanden oder einen qualifizierten Berufsabschluss erworben zu haben. Das Abitur muss bundesweit vergleichbar werden. Auch den Absolventen von Haupt- und Realschulen wollen wir durch eine sinnvolle Bildungspolitik wieder deutlich bessere Chancen am Arbeitsmarkt bieten. Deshalb hat die CDU durchgesetzt, die Berufsbildung in einzelne Bausteine zu gliedern. Jeder Baustein soll nachvollziehbar zu einer bestimmaren Qualifikation führen. Auf diese Weise sollen auch die, die eine Berufsausbildung zumindest im ersten Anlauf nicht vollständig oder gar nicht schaffen, bestimmte Befähigungen nachweisen können, mit denen sich ihre Chancen am Arbeitsmarkt verbessern.

So gut wie keine Chancen am Arbeitsmarkt haben heute solche Schülerinnen und Schüler, die ohne einen Hauptschulabschluss die Schule verlassen. Die Zahl der Abgänger ohne Abschluss muss verringert werden. Vor allem aber dürfen diese Menschen nicht abgeschrieben werden. Ihnen muss mit bundesweiten „Praxis- und Berufsfindungsklassen“ geholfen werden, einen erfolgreichen und qualifizierten Einstieg in das Berufsleben zu finden, um am Erwerbsleben teilhaben zu können.

### **Zukunftsmodell Familie vor neuen Herausforderungen**

Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie sind die attraktivsten Lebensformen und bleiben für unsere Gesellschaft das Zukunftsmodell. Ehe und Familie sind für die meisten Menschen Voraussetzung und wesentlicher Inhalt des Lebensglücks. Sie geben Halt, vermitteln Orientierung, schaffen Verbindlichkeit und erziehen zur Verantwortlichkeit. Doch viele Ehen und Familien scheitern. Die Arbeitswelt unserer Tage und die

finanzielle Situation setzen Familien Grenzen. Wir verurteilen jeglichen Versuch, Ehe und Familie aus meist ideologischen Motiven ihre herausgehobene Stellung zu nehmen.

Ehe und Familie sichern zugleich die Zukunft des Gemeinwesens, weil sie einen verlässlichen Rahmen bilden, in dem Kinder sich geborgen fühlen und aufwachsen können. Die Alterung unserer Gesellschaft nimmt zu und hat gewaltige Auswirkungen auch auf die Leistungskraft und die sozialen Sicherungssysteme unserer Gesellschaft.

Eine Gesellschaft, die sich nicht um den Erhalt und die Existenzbedingungen von Ehe und Familie kümmert, die der Erosion dieser Institutionen zusieht oder ihr gar Vorschub leistet, verspielt ihre natürliche Basis und riskiert ihre Zukunft. Die emotionalen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leistungen von Ehe und Familie sind durch nichts Gleichwertiges zu ersetzen. Deshalb ist nachhaltige Familienpolitik das Schlüsselthema für unsere Zukunft.

Für die CDU ist dies nicht neu. Die Familie steht seit jeher im Mittelpunkt unserer Politik, in den Kommunen, im Land und im Bund. Wichtige Weichenstellungen zugunsten der Familien, wie die Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (heute: Elternzeit), das Recht auf einen Kindergartenplatz und die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung wurden von der Union durchgesetzt.

Aber viele Indikatoren, nicht zuletzt der zu häufig nicht verwirklichte Wunsch nach Kindern, zeigen: Wir sind politisch noch nicht am Ziel. Wir müssen die Familien intensiver fördern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, die Familien- und Elternbildung stärken und auf allen Ebenen Bündnisse für Familien gründen, um die Bedeutung von Ehe und Familie in der Gesellschaft zu stärken.

### **Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Immer mehr Partner wollen oder müssen Familie und Beruf miteinander verbinden. Alleinerziehende sind ganz besonders darauf angewiesen, dass Kindererziehung und Beruf miteinander vereinbar sind. Flexibilität hat für Familien jedoch Grenzen. Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, stößt häufig auf Probleme. Familienarbeit hat darüber hinaus

kein gutes Image, denn sie ist nicht mit hohem Einkommen und Karriereaussichten verbunden.

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die insbesondere Politik, Wirtschaft und Kommunen betrifft. Neben der gleichzeitigen Vereinbarung von Familie und Beruf ist in einer freiheitlichen Sozialordnung ausreichender Spielraum auch für eine zeitlich phasenversetzte Vereinbarung bzw. flexible Übergangsformen unentbehrlich.

Eine Familie mit Kindern ist für jeden eine Bereicherung. Familie ist für uns der Ort, wo Verantwortung füreinander gelebt wird, wo Eltern und Kinder miteinander die christlich-humanistischen Grundwerte unserer Gesellschaft leben, und wo Liebe, Mitgefühl, Vertrauen, Solidarität, Verlässlichkeit und Einsatzbereitschaft begründet, gefördert, gefordert und weitergegeben werden. Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Kinder sind für viele Lebensglück und Lebenserfüllung. Familien sind ein unabdingbares Fundament für eine humane Gesellschaft.

Die Achtung und Förderung der Kinder sowie das Recht der Eltern, Erfüllung in ihrer Familie und Familientätigkeit zu erfahren, sind Grundsätze unserer Politik. Eltern müssen Wahlfreiheit haben, wie sie die Erziehung der Kinder gestalten und mit dem Beruf verbinden wollen. Voraussetzung dafür ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Sie müssen realistische Optionen haben. Wir müssen Väter ermutigen, sich noch stärker bei der Familienarbeit zu engagieren.

Wir werben für die Ehe, weil wir sie für die beste und verbindlichste Form des Zusammenlebens halten. Deshalb stehen wir für eine Politik, die die Ehe als Lebensform besonders unterstützt. Mit diesem Leitbild der ehebezogenen Familie wollen wir auch einen Beitrag zur Werteorientierung und Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft leisten. Sie fördert die positive Entwicklung des Kindes und entspricht dem in Art. 6 Grundgesetz verankerten besonderen Schutz von Ehe und Familie.

## **Das Land des sozialen Zusammenhalts**

Rheinland-Pfalz war immer das Land des sozialen Zusammenhalts. Doch heute sind immer mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger von Armut und Arbeitslosigkeit bedroht. In nur 14 Jahren der SPD-geführten Landesregierung hat sich Zahl der Arbeitslosen mehr als verdoppelt. Seit dem Regierungswechsel im Jahr 1991 stieg die Arbeitslosigkeit um über 121.000 Menschen an. Eine Politik, die Arbeitslosigkeit nur verwaltet und nicht bekämpft, hat die Auszeichnung „sozial“ nicht verdient.

Besonders dramatisch entwickelt sich in Rheinland-Pfalz die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren. Wer den jungen Menschen keine Startchance gibt, beraubt sie der Zukunft.

Zu Recht wird die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit von den arbeitslosen Menschen in unserem Land immer lauter gestellt. Fast nichts ist ungerechter als unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Die Folgen für unser Land sind erschütternd: Es wird ärmer und immer mehr Menschen verlieren ihre Existenz. So sind die privaten Insolvenzen 2004 in Rheinland-Pfalz dramatisch auf über 4.000 angestiegen. Oft wären diese mit wenig staatlicher Unterstützung vermeidbar gewesen. Für die Betroffenen bedeutet Zahlungsunfähigkeit neben einer übermäßigen Verschuldung oft auch vollkommene Resignation und das Zurückbleiben in Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit bedeutet aber für die Betroffenen weit mehr als nur finanzielle Einschränkungen. Zufriedenheit verkehrt sich in ein Gefühl der Ohnmacht und der Nutzlosigkeit.

Wir packen das Problem „Arbeitslosigkeit“ an: Der weitaus größte Anteil an Arbeitslosigkeit betrifft Tätigkeiten in niedrigen Lohnbereichen. Das liegt u. a. an unserem komplizierten und ungerechten Steuersystem. Unser Steuersystem ist das komplizierteste auf der ganzen Welt. Und es bedarf dringend einer Steuerreform. Jeder verdiente Euro wird voll besteuert. Oft bleibt nach Abzug aller Steuern und Abgaben nicht genug Geld zum Leben übrig. Arbeit darf nicht länger bestraft werden. Es lohnt sich leider zu oft nicht zu arbeiten. Das muss sich ändern. Bis zu 1.300 Euro monatlich sollten – zumindest für eine gewisse Zeit – frei von Steuern und Abgaben gezahlt werden dürfen. Die Sozialbeiträge übernimmt der Staat. Menschen, deren Tätigkeit nur mit einem geringen Lohn vergütet wird, sollte der Staat nicht auch noch zusätzlich finanziell belasten. Damit wird steuerpflichtiges

Wachstum wieder möglich, Arbeit für Unternehmen wieder bezahlbar und die Arbeitslosigkeit nimmt ab.

Um mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land zu schaffen, brauchen wir auch wieder attraktive Standortbedingungen – gerade auch im direkten Vergleich zu unseren Nachbarländern. Hier sind wir in den letzten Jahren ins Hintertreffen geraten.

### **Das Land des Fortschritts und des wirtschaftlichen Aufschwungs**

Rheinland-Pfalz war bis in die achtziger Jahre eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Bei seiner Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg galt unser Land noch als das Armenhaus unter den deutschen Ländern. Unter der Führung der CDU-Landesregierungen gewann Rheinland-Pfalz nicht nur Anschluss an die moderne Wirtschaftsentwicklung in Europa, sondern erlangte auch eine bis dahin noch nie da gewesene wirtschaftliche Blütezeit. Die Politik der CDU-Landesregierungen beflügelte und förderte die Kreativität sowie die Leistungsbereitschaft der Rheinland-Pfälzer und erstickte sie nicht in bürokratischen Hemmnissen. Gemeinsam schufen sie das „Wirtschaftswunder Rheinland-Pfalz“.

Im Jahr 1958 erreichte Peter Altmeier - bereits 13 Jahre nach dem totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch - Vollbeschäftigung in unserem Land. Helmut Kohl, Bernhard Vogel und Carl-Ludwig Wagner trieben die Modernisierung unserer Wirtschaft weiter voran. Neue große Produktionsstätten wurden angesiedelt und das Land wurde mit neuen Verkehrswegen erschlossen. Die einstige Grenzregion lag nun nicht nur in der Mitte Europas, sondern war bestens mit seinen Nachbarregionen verbunden. Das eröffnete dem wirtschaftlichen Handeln in unserem Land ungeahnte Möglichkeiten und löste – in Verbindung mit einer erfolgreichen Bildungs- und Wissenschaftspolitik – einen bis dahin noch nie da gewesenen Aufholprozess aus. Rheinland-Pfalz wurde zum Vorbild eines erfolgreichen Strukturwandels. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa.

Seit den neunziger Jahren wird unser Land auf die neuen Herausforderungen jedoch nur unzureichend vorbereitet. Auf die neuen Veränderungen durch die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung und den technologischen Wandel blickten die SPD-Ministerpräsidenten ratlos. Als Folge wurde die Schere zwischen Bayern und Baden-Württemberg auf der einen und Rheinland-Pfalz auf der ande-

ren Seite immer größer. So nimmt Rheinland-Pfalz beim Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt, d.h. der wirtschaftlichen Gesamtleistung je Einwohner, den vorletzten Platz unter den alten Bundesländern ein. Es liegt mehr als 16 Prozent hinter dem Durchschnitt zurück. Aus dieser Schlusslichtposition muss Rheinland-Pfalz nach vorne gehen. Das wird uns nur gelingen, wenn wir die Rahmenbedingungen wieder verbessern.

Die enorme Arbeitslosigkeit, die hohe Verschuldung und ein zu niedriges Bruttoinlandsprodukt unseres Landes belegen nachdrücklich: Die SPD ist mit ihrer Wirtschaftspolitik gescheitert. Sie hat ihre Chance, unserem Land wirtschaftlichen Wohlstand zu geben und soziale Sicherheit zu schaffen, vertan. Wir brauchen in unserem Land keine Schönheitskosmetik, sondern einen neuen Aufbruch. Im Kern fehlt es Rheinland-Pfalz nämlich an Wirtschaftskraft! Dieses können wir nur mit neuen hochwertigen Arbeitsplätzen, mit der Ansiedlung neuer, wachstumsstarker Branchen, mit mehr Wirtschaftswachstum und mehr Innovationen erreichen.

### **Mit der Sozialen Marktwirtschaft für ein wirtschaftsstarkes Rheinland-Pfalz**

Eine erfolgreiche Landespolitik braucht vernünftige, wirksame und sinnvolle wirtschaftspolitische Entscheidungen. Diese können nur auf der Basis einer Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft erfolgen. Aus diesem Grund brauchen wir eine Landesregierung, die in Berlin nicht das rot-grüne wirtschaftspolitische Chaos unterstützt, sondern eine Reformpolitik prägt, die eine umfassende Steuerreform auf den Weg bringt, die Sozialversicherungssysteme reformiert und den Arbeitsmarkt von Hemmnissen befreit. Aber wir müssen auch unsere wirtschaftspolitischen Hausaufgaben vor Ort erledigen. Und diese beginnen nicht zuletzt mit der Instandhaltung und der Verbesserung unserer Verkehrswege. Sie sind die Lebensadern einer Wirtschaftsregion. Wir dürfen nicht weiter zulassen, dass sie verkommen und notwendige Infrastrukturmaßnahmen nicht angepackt werden.

### **Bessere Rahmenbedingungen für einen leistungsstarken Mittelstand**

Auch muss die Politik die Rahmenbedingungen für einen leistungsstarken Mittelstand wieder glaubwürdig setzen. Hier ist in den letzten Jahren zu wenig geschehen. Denn neben den Verkehrswegen und einem modernen Datennetz ist die Verfügbarkeit von ausreichend großen Gewerbeflächen die wesentliche Grundlage für die zukünftige Entwicklung

des Mittelstandes. Jedoch mindern zwei Schwachpunkte die Entwicklungschancen des Landes. Zum einen hält die Landesplanung nach wie vor an dem Konzept der „zentralen Orte“ fest. Es ist nicht notwendig, auch die Ausweisung von Gewerbebetrieben diesem Prinzip unterzuordnen. Denn dadurch werden die Möglichkeiten zur Auswahl von Gewerbeflächen unnötig eingeschränkt und Verkehrsströme in Spitzenzeiten nicht entzerrt. Zum anderen wird die Bauleitplanung auch durch Auflagen und Vorgaben für den Natur- und Landschaftsschutz oft zu sehr eingeschränkt und teilweise sogar völlig unbeweglich gemacht.

Es gibt in Rheinland-Pfalz ganze Städte und Gemeinden, die wegen der Häufung von Naturschutzvorschriften in ihrer künftigen Entwicklung trotz Zuwanderung aus anderen Regionen und trotz Nachfrage nach Gewerbeimmobilien praktisch völlig blockiert sind.

Wir dürfen deshalb nicht den Landschaftsschutz und die Schaffung von Arbeitsplätzen gegeneinander ausspielen. Die Daseinsvorsorge sowohl im Hinblick auf den Natur- und Landschaftsschutz, als auch die Schaffung von wirtschaftlichem Wohlstand müssen besser miteinander verbunden werden.

Die Eigenkapitalbasis der mittelständischen Unternehmen muss deutlich verbessert werden, um diese krisenfester zu machen und die Abhängigkeit bei der Finanzierung von Investitionen von einem sehr viel schwieriger gewordenen Kreditmarkt zu vermindern. Hierzu muss sich das Land stärker als bisher vor allem auf die Hilfe bei den Zwischenfinanzierungskosten zur Beschaffung von Kapitalbeteiligungen sowie auf die Unterstützung beim Vertrieb und der Vermittlung privaten Risikokapitals konzentrieren.

Schwierigkeiten bei der Unternehmensnachfolge dürfen mittelständische Betriebe nicht in ihrer Existenz bedrohen. Hier ist auch die Politik gefordert: Die Erbschaftssteuer darf auch bei einer Neuregelung das Betriebskapital mittelständischer Unternehmen im Erbschaftsfall nicht in der Substanz gefährden. Bei einer fehlenden Nachfolge wollen wir auch Beteiligungsgesellschaften ermöglichen. Die Beteiligung an Unternehmen kann wie bei jungen Unternehmen mit guten Wachstumschancen erfolgen. Das Land sollte die Gründung solcher Beteiligungsgesellschaften durch eine – auch befristete – Teilhaberschaft der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) unterstützen. Die mit der Beteiligung verbundenen Umstrukturierungsmaßnahmen sollen durch günstige Investitionsdarlehen un-

terstützt werden, wenn der Fortbestand des Unternehmens für mindestens fünf Jahre garantiert ist.

### **Wirtschaftsförderung verbessern**

In Zeiten knapper Kassen dürfen auch die Mittel für die Wirtschaftsförderung nicht für Imagekampagnen verpulvert, sondern zielgenau ausgegeben werden. Dafür brauchen wir eine klare Prioritätenentscheidung zugunsten des Ausbaues der Verkehrsinfrastruktur für die strukturschwächeren Gebiete, verbunden mit der Bereitstellung von Gewerbeflächen. Auch muss das Kapital der ISB uneingeschränkt für die Wirtschaftsförderung erhalten werden und darf auch nicht in Teilen einer kurzfristigen Finanzierung laufender Haushalte geopfert werden. Insgesamt wollen wir auch alle Förderprogramme gründlich vereinfachen. Die beste Art die Wirtschaft zu fördern ist es, Unternehmer wieder etwas unternehmen zu lassen. Hierzu ist es erforderlich, die Unternehmen von dem Verwaltungsaufwand der ihnen durch zahllose Vorschriften aufgezwungen wird zu befreien. Viele dieser Vorschriften sind nur ausufernder Bürokratismus und gehören im Rahmen eines umfassenden Bürokratieabbaus ersatzlos gestrichen. Bürokratische Willkür und ein Vorschriftenschwengel dürfen nicht weiter Investitionen aus unserem Land vertreiben.

### **Neue Technologien bringen wirtschaftlichen Aufschwung**

Rheinland-Pfalz muss sich verstärkt um Innovationen – gerade auch in den naturwissenschaftlichen Zukunftsbranchen wie Chemie, Medizin, Pharma- und grüner Gentechnik – bemühen. Die Bildung von Schwerpunkten in der Grundlagenforschung und die verstärkten Investitionen in die Spitzenforschung an unseren Hochschulen ermöglichen unserer Wirtschaft neue Märkte. Auch müssen die Hilfen bei der Vermittlung des Technologietransfers zwischen der Wirtschaft und Wissenschaft verbessert und ausgebaut werden. Erst so werden Innovationen verstärkt zu Wirtschaftsinvestitionen und neuen Arbeitsplätzen vor Ort führen. An der Technischen Universität Kaiserslautern ist es durch zielgerichtete Bemühungen und geschickte Organisation gelungen, Existenzgründungen von Absolventen der Hochschule zu ermuntern und systematisch zu unterstützen. Dies soll beispielhaft auch für andere Wissensstandorte in unserem Land sein.

## **Das Land der starken Regionen**

Die Demokratie beginnt von unten: Orts- und Verbandsgemeinden, Landkreise und Städte haben nur dann einen politischen Gestaltungsspielraum, wenn sie über eine moderne Verwaltung, flexible Strukturen und ausreichende Finanzen verfügen. Dies ist in Rheinland-Pfalz nicht der Fall. Die Finanzkrise der Kommunen spitzt sich weiter dramatisch zu. Mehr als die Hälfte der Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben inzwischen unausgeglichene Haushalte: Alle kreisfreien Städte und 23 von 24 Landkreisen. In keinem anderen westlichen Flächenland haben sich die Kommunalen Finanzen so dramatisch entwickelt, wie in Rheinland-Pfalz. Die langfristigen Schulden summieren sich mit Eigenbetrieben und Krankenanstalten zu einem Betrag von 10 Milliarden Euro.

Die Schulden der Städte und Gemeinden sind das Ergebnis einer massiven kommunalfeindlichen Politik von Land und Bund. In den letzten 14 Jahren hat das Land unseren Gemeinden weit mehr als 1 Milliarde Euro durch Ausplünderung des Kommunalen Finanzausgleichs entzogen.

Wir fordern deshalb, die ungerechtfertigten Eingriffe der Landesregierung in die kommunale Finanzausstattung zu stoppen und den Städten und Gemeinden deutlich höhere Mittel zur Deckung ihrer Ausgaben zur Verfügung zu stellen.

Nach jahrelanger Diskussion und zahlreichen politischen Vorstößen gelang es der CDU, das Konnexitätsprinzip (Wer bestellt, der bezahlt) auch in der rheinland-pfälzischen Landesverfassung zu verankern. Dies schafft Rechtssicherheit für die Übernahme von Aufgaben des Landes, die die Städte und Gemeinden vor Ort im Auftrag erledigen sollen. Es schafft jedoch keine Rechtssicherheit, wenn Aufgaben der Europäischen Union oder des Bundes über die Länder an die Kommunen weitergegeben werden. Deshalb fordern wir die Aufnahme des Konnexitätsprinzips ins Grundgesetz. Gleichzeitig wollen wir, dass auch Verordnungen und Gesetze, die von der europäischen Ebene kommen, auf den Prüfstand gestellt werden. Es kann nicht angehen, dass Brüssel bestellt und die Kommunen vor Ort bezahlen. Die gegenwärtige kommunale Finanzkrise hat tief greifende finanzstrukturelle Ursachen. Das Konnexitätsprinzip wird jetzt in die Landesverfassung aufgenommen. Das ist ein Erfolg der CDU. Es kann jedoch nur ein erster Schritt sein, um die finanzielle Unabhängigkeit der Kommunen zu bewahren.

## **Moderne Verwaltung**

Die CDU steht für eine moderne Verwaltung im Land. Wir wollen Zukunft gestalten und sind offen für neue Ideen. Eine Reform der bestehenden Strukturen kann aber nur mit den Bürgerinnen und Bürgern in Angriff genommen werden. Am Ende muss eine gestärkte kommunale Selbstverwaltung für das 21. Jahrhundert stehen, die ihre Aufgaben mit der dafür nötigen Finanzausstattung wahrnehmen kann.

Dabei steht die CDU für die Dreigliedrigkeit der kommunalen Ebene. Mit dem rheinland-pfälzischen System der Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise ist es gelungen, in den vergangenen 30 Jahren in ganz Rheinland-Pfalz nahezu gleiche Lebensbedingungen zu schaffen. Die Ortsgemeinden als Unterbau sind ein unverzichtbarer Bestandteil des Systems. Die Ortsgemeinde mit ihren vielen tausend freiwillig engagierten Frauen und Männern ist die größte Bürgerinitiative des Landes. Das ehrenamtliche Engagement der Kommunalpolitik vor Ort und seine Ergänzung durch die hauptamtliche Verwaltung in den Verbandsgemeinden und den Kreisen sind und bleiben unverzichtbar für ein funktionierendes politisches System in Rheinland-Pfalz. Deshalb müssen Verbandsgemeinden und Kreise erhalten werden. Dazu brauchen wir einen effizienten Zuschnitt der Verbandsgemeinden und Kreise. Zuvor müssen jedoch die Doppelzuständigkeiten abgebaut und die Aufgaben gemäß dem Subsidiaritätsprinzip verteilt werden.

## **Rheinland-Pfalz - im Herzen Europas mit Freunden in aller Welt**

Unser Land im Westen der Republik teilt seine Grenzen mit Frankreich, Luxemburg und Belgien. Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg ist für uns schon lange selbstverständlich. Dank der CDU geführten Kommunen in Grenznähe wird schon mit unseren Freunden in Europa Hand in Hand ganz praktisch zusammengearbeitet, etwa im Bereich der Abwasserentsorgung. Diese Arbeit gilt es ab 2006 zu forcieren. Der Ausbau etwa der Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie zum Wohl der Bürger mit den hunderttausenden von Pendlern im „kleinen Grenzverkehr“ darf nicht ins stocken kommen. So müssen etwa die beruflichen wie schulischen Ausbildungen gegenseitig anerkannt werden. Der ÖPNV darf nicht an der Grenze stoppen.

Auch in der Welt hat Rheinland-Pfalz Freunde. Die Zusammenarbeit mit unserem Partnerland Ruanda wird unter der CDU Landesregierung weitergeführt. Konkrete Projekte vor Ort mit Partnern aus Rheinland-Pfalz werden auch weiterhin gezielt unterstützt. Dabei soll der beiderseitige Nutzen der Projekte selbstverständlich werden.

Die CDU bekennt sich auch klar zu ihren US-amerikanischen Freunden. Nach wie vor sind die verbündeten Streitkräfte etwa für die Region Ramstein oder Spangdahlem ein großer Wirtschaftsfaktor. Aber nicht zuletzt die Stützpunkte von Army und Air Force sicherten uns ein halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa. Aus Feinden von einst sind Freunde und Partner von heute geworden.

### **Wir arbeiten für Rheinland-Pfalz**

Rheinland-Pfalz hat eine bessere Regierung verdient. Die Bilanz der SPD-geführten Regierung ist mager bis katastrophal. 14 Jahre SPD haben unser Land keinen Schritt weiter gebracht. Stattdessen sind wir im Wettbewerb mit anderen Bundesländern zurückgefallen. Mit der Behäbigkeit und der Selbstgefälligkeit des SPD-Ministerpräsidenten kommt unser Land nicht voran. Erfolgreich regieren geht anders. Unser Land braucht endlich wieder eine berechenbare, geradlinige, durchdachte, verlässliche, gründliche und nicht zuletzt erfolgreiche Politik.

Höchste Zeit also für einen Regierungswechsel in unserem Land. Wir sind überzeugt: Rheinland-Pfalz kann mehr! Die vergangene Kommunalwahl hat erneut gezeigt: Wir sind die große rheinland-pfälzische Volkspartei. Keine andere politische Partei stellt so viele Mandatsträger. Keine andere Partei ist vor Ort so fest verwurzelt wie die CDU. Wir spüren und erkennen die Sorgen und Nöte der Menschen in unserem Land. Diesen Kompetenzvorsprung werden wir nutzen: Für eine bessere Politik, für einen überzeugenden Wahlsieg bei der kommenden Landtagswahl und für eine erfolgreiche Regierungsarbeit unter Christoph Böhr. Gemeinsam schaffen wir es! Für Rheinland-Pfalz!

**Impressum:**

„Wir schaffen es!  
Für Rheinland-Pfalz.“

beschlossen auf  
dem 57. Landesparteitag  
am 21. Mai 2005 in Mainz.

CDU Rheinland-Pfalz  
Landesverband  
Rheinallee 1a-d  
55116 Mainz  
Tel.: 0 61 31 – 28 47 0  
Fax: 0 61 31 – 28 47 68  
eMail: [info@cdurlp.de](mailto:info@cdurlp.de)  
[www.cdurlp.de](http://www.cdurlp.de)